

06.12.93

**Empfehlungen
der Ausschüsse**

V - In - U

zu **Punkt** der 664. Sitzung des Bundesrates am 17. Dezember 1993

EntschlieÙung des Bundesrates zur zivilen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock

- Antrag des Landes Brandenburg -

A

1. Der federführende Ausschuß für Verteidigung und der Ausschuß für Innere Angelegenheiten empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung **n i c h t** zu fassen.

B

2. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt dem Bundesrat, die EntschlieÙung nach Maßgabe folgender Änderung anzunehmen:
 - Die Überschrift erhält nach den Worten "zur zivilen Nutzung" folgenden Wortlaut:
"der Truppenübungsplätze Wittstock und Colbitz-Letzlinger Heide".
 - Der Text erhält folgenden Wortlaut:
"Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf die Nutzung der bisher von den ehemals sowjetischen Streitkräften betriebenen Truppenübungsplätze Wittstock als Boden-Luft-Schießplatz und Colbitz-Letzlinger Heide zu verzichten und sie einer zivilen Nutzung zuzuführen."

Ausgeliefert am 07. DEZ. 1993

- Die Begründung wird um folgenden Text ergänzt:

Ähnlich wie beim Truppenübungsplatz Wittstock ist die Bevölkerung im Gebiet der Colbitz-Letzlinger Heide jahrzehntelang, hier bereits seit 1935, aus dem von der Wehrmacht angelegten und von der WGT auf 23 200 ha erweiterten Gelände des Übungsplatzes ausgegrenzt und in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt worden. Seit 1990 ist der Wille zur zivilen Nutzung des Gebietes und Entwicklung zum Naturpark vielfach in Erklärungen, Unterschriftensammlungen, Beschlüssen von Gemeindevertretungen, Kreistagen und des Landtages zum Ausdruck gekommen. Das Landesentwicklungsprogramm weist die Colbitz-Letzlinger Heide dementsprechend aus als

 - Vorranggebiet für Wassergewinnung,
 - Vorranggebiet für Natur und Landschaft,
 - Vorsorgegebiet für Erholung und
 - wiederherzustellenden Landschaftsteil.

Besondere Bedeutung hat das Territorium des Truppenübungsplatzes als Trinkwassereinzugsgebiet eines der größten Grundwasservorkommen Deutschlands, aus dem gegenwärtig ca. 600 000 Menschen versorgt werden.